



## Verständnis beim Kompensieren

Ein neuer Plan Polens

W.D. Der Außenhandel fast aller Staaten ist durch das notwendig gewordene Kompensationsystem, das einen gesunden Ausgleich der einzelnen Handelsbilanzen herbeiführen soll, um nicht die Weltwirtschaft völlig zugrunde zu richten, stark erschwert. Jedes Land hat seine nationalen Industrien, besonders während des Krieges, stark ausgebaut und sich von der Einfuhr von Fertigwaren größtenteils unabhängig gemacht. Aber kein Land konnte sich von der Einfuhr von Rohstoffen unabhängig machen; denn der Versuch, Rohstoffe künstlich herzustellen, hat erst im letzten Jahr, besonders in Deutschland, Fortschritte gemacht. Daraus ergab sich der Zwang für jeden Staat, Fertigwaren auszuführen und dafür Rohstoffe hereinzunehmen, um nicht die Industrien ausnahmslos zum Erliegen zu bringen. Das Ziel der Weltwirtschaft muß deshalb heute sein: Verständnis der einzelnen nationalen Industrien untereinander um die Handelsbilanzen aller Länder im Gleichgewicht halten zu können.

Immer wieder haben die praktischen Erfahrungen mit Handelsverträgen auf der Basis der Kompensation bewiesen, daß der Wille zum Kompensieren allein nicht genügt; denn fast immer ergeben sich Schwierigkeiten und Lüden, die oft nur durch Bescheidenen völlig neuer Wege zu überbrücken sind. Das mag an einem Beispiel aufgezeigt werden, das gerade in diesen Tagen den deutsch-polnischen Handelsbeziehungen ein festeres Gefüge gibt, und das beweist, wie sehr die Handhabung solcher Handelsverträge ernst genommen sein will, wenn sie zu einem für beide Teile befriedigenden Ergebnis führen soll.

Die Grundlage zur Kompensation kommt für jedes Land in der Forderung zum Ausdruck, wertmäßig nicht mehr einzuführen, als ausgeführt werden kann. Diesen Grundsatz hatte Polen insofern nicht wahrgenommen, da es den Handelsvertrag dadurch beeinträchtigte, daß es von Deutschland weniger Waren hereinnahm, als zum Ausgleich notwendig gewesen wäre. Hätte Polen diesen Weg beschritten, um vielleicht auf eine radikale Art seine Ausfuhr zu steigern, dann würden in diesem Augenblick die Handelsbeziehungen Deutschlands zu Polen erschüttert sein. Polen aber ist für uns ein verständnisvoller Partner. Die eingeforderten deutschen Forderungen, die aus Warenlieferungen nach Deutschland in der letzten Zeit aufgelaufen sind, und infolge der deutschen Devisenbeschränkungen vorerst nicht abgedeckt werden können, sind durch Schwierigkeiten eigener Art entstanden. Das ist mit dem neuen polnischen Plan bewiesen, der zur Zeit in polnischen Wirtschaftskreisen besprochen wird und den vorhandenen Uebelstand auf folgende Weise abstellen will: Polen wird in Zukunft Waren aus Deutschland aufnehmen, die Polen seinerseits an dritte Länder abzugeben beabsichtigt. Es sollen dafür nur solche Waren in Frage kommen, die einmal außerhalb des normalen Austausches mit Deutschland liegen und außerdem schon von Polen in normalen Zeiten nicht exportiert werden, jedenfalls nicht nach den Ländern, nach denen man ihren Export nunmehr verkaufen will.

In den Wirtschaftskreisen, die auf eine Liquidierung ihrer Forderungen gegenüber deutschen Importeuren bedacht sein müssen, sieht man in diesem Vorschlag eine Möglichkeit, der sie nachzugehen empfehlen. Man glaubt, daß durch eine derartige Transaktion, die im Prinzip ein wenig an die sogenannten Dreiecksgeschäfte erinnert, wie sie früher von einigen anderen Ländern versucht wurden, nunmehr eine völlige oder wenigstens teilweise Verflüssigung der eingeforderten Forderungen zu einem überschaubaren Termin erreicht werden kann. Gleichzeitig hofft man, daß damit auch der Weg für eine Intensivierung des Warenaustausches zwischen Polen und Deutschland freigegeben wird.

Interessant ist dabei, daß Polen die von Deutschland an Zahlungen Statt zu liefernden Waren besonders in der Sowjetunion abzusetzen gedenkt. Das ist ein Vorschlag, der zunächst überrascht und dessen Verwirklichung nach Art und Umfang vorerst noch zweifelhaft erscheint; denn Polen hat mit der Sowjetunion ein eigenes Kompensationsystem, das durch diese Mehreinfuhr zu Ungunsten Deutschlands und aller anderen Beteiligten natürlich gefährdet wird. Immerhin darf man hoffen, bei den beteiligten Wirtschaftskreisen grundsätzliche Zustimmung zu finden, da Polen der Notwendigkeit Deutschlands zum Export Rechnung trägt, und die von Deutschland so oft betonte Bereitwilligkeit, die Einfuhr mit Waren zu bezahlen, mit vollem Verständnis aufgenommen zu werden scheint.

Diese ineinandergreifenden Schwierigkeiten, die niemals völlig beseitigt werden können, wo sich mit jeder Maßnahme zur Abstellung eines Übels neues ergeben, können zunächst ein umfassendes Bild von den Schwierigkeiten geben, mit denen alle Exporteure der Welt zur Zeit kämpfen. Dann aber — und das ist wichtiger — müssen sie den Wirtschaftsführungen der einzelnen Länder sagen, wie viel

## Tagespiegel.

Nach der Freilegung des englischen Ministerbesuches in Berlin beginnt das Störungsfeuer von Paris loszubrechen.

Auch aus einer Londoner Havas-Meldung erkennt man die französischen Verluste, die kommenden freien Verhandlungen in Berlin richtunggebend zu beeinflussen.

Der frühere österreichische Gesandte in Rom, Dr. Hintelen, wurde in Wien zu lebenslänglichem Kerker verurteilt, obwohl ihm eine Beteiligung am Juli-Putsch nicht nachgewiesen werden konnte.

Im Konflikt zwischen Italien und Abessinien sollen die Verhandlungen über eine neutrale Zone und die Schadensersatzforderungen Italiens gescheitert sein.

Nach einer Erklärung des griechischen Kriegeministers soll das innerpolitische Programm dem des neuen Deutschlands ähnlich sein.

Im Memelländer-Prozess forderten alle Verteidiger die Freisprechung der Angeklagten, sogar die litauischen Verteidiger, da sowohl die Anklage wie die Beweisführung verjagt hätten.

guter Wille und wie viel Verständnis jedes einzelne Land für die Eigenarten und Wirtschaftsbedingungen aller anderen haben muß.

## Frankreichs Kampf gegen die Wirtschaftsnot

Während sich in einer ganzen Reihe anderer Länder, voran in Deutschland, aber auch in England und selbst in den Vereinigten Staaten, die Wirtschaft zu erholen beginnt, ist in Frankreich seit einigen Monaten ein fühlbarer Konjunkturrückschlag eingetreten. Die Konjunktur steigt von Monat zu Monat. Die Arbeitslosigkeit wächst, und im Februar beispielsweise mußten 500 000 Vollarbeitslose unterstützt werden, eine Zahl, die in Frankreich bisher noch niemals erreicht wurde. Sie spiegelt den Rückgang der Beschäftigung in der Industrie, für die im Januar 1935 ein Index von 93 (1913 gleich 100) errechnet wurde, nachdem Ende 1933 bereits ein Beschäftigungsgrad von 107 erreicht worden war.

Die französische Devisenpolitik gibt der Deflationspolitik der früheren Regierungen und den in ihrem Gefolge vorgenommenen Krediteinschränkungen der Bank von Frankreich die Hauptstütze an diesem Konjunkturrückgang. Zweifellos hat die Zentralbank des Landes auf eine Beschränkung des Geldvolumens hingewirkt. Im Dezember 1933 betrug der Geldumlauf 196,7 Milliarden Franken, im Januar 1935 nur noch 101,5 Milliarden Franken, und selbst diese Ziffer spiegelt das wirkliche Ausmaß der Geldverknappung noch nicht vollkommen, denn inzwischen haben sich unwiderlegliche Anzeichen einer starken Theaurierungspolitik bemerkbar gemacht, die den vorsichtigen französischen Bürger veranlaßt, seinen Spartrumpf zu füllen.

Flandin, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger Doumergue die ungeheure Wichtigkeit des Kampfes gegen die Wirtschaftskrise sofort bei Regierungsantritt erkannte, hat denn auch an der Kreditpolitik zunächst den Hebel angelegt. Der von ihm erzwungene Rücktritt des Gouverneurs der Bank von Frankreich, Moret, sollte den Weg für eine Kreditausweitung und eine Verflüssigung des Geldmarktes freimachen. Die französische Unternehmerschaft war in ihrer Initiative dadurch gehemmt, daß sie die notwendigen Betriebskredite nicht bekommen konnte. Die Gefahr einer Kreditinflation besteht im Lande, dessen Zentralnotenbank über einen so ungeheuren Goldschatz verfügt, wie es die französische tut, noch lange nicht. Die Absicht Flandins ist es, durch Kreditausweitung zunächst einmal den Bewegungsspielraum der Unternehmer zu vergrößern, gleichzeitig aber auch preiserhöhend zu wirken.

Diesem Ziele dient auch eine zweite wichtige Maßnahme der Regierung: der Kammer ist soeben ein Gesetz vorgelegt worden, das unter gewissen Kautelen die Zwangsstellierung notleidender Industrien ermöglicht. Ebenso sollen die Maßnahmen, die zum Schutze des Getreides und Weinbaues getroffen wurden, dem durch die Ueberproduktion und die riesigen Vorräte verursachten Preisverfall für Agrarprodukte steuern. Flandin schreckt dabei nicht davor zurück, die gerade in Frankreich so lange für unangreifbar gehaltenen Gesetze des wirtschaftlichen Liberalismus beiseite zu schieben und eine Politik zu betreiben, die man anderen Staaten als der ökonomischen Freiheit widersprechend ankreidete.

Dabei zeigt sich immer deutlicher das Bestreben, die Ge-

lundung in den eigenen innerwirtschaftlichen Kräften zu finden. Man hat eine Weile lang Hoffnungen auf eine gemeinsame Wirtschaftspolitik der Goldblockländer gesetzt. Das Verlangen dieser Interessengemeinschaft hat ernüchternd gewirkt. Man erwartet das Heil nicht mehr von internationalen Vereinbarungen.

Der neue flandrische Kurs der Wirtschaftspolitik ist noch zu jung, als daß er schon fühlbare Resultate zeigen könnte. Immerhin ist seit Anfang dieses Jahres ein leichter Preisaufstieg erfolgt, und es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß mindestens keine Zunahme der Arbeitslosigkeit mehr erfolgen wird. Ueber den außenpolitischen Aspekt, unter denen wir gewöhnt sind, die Vorgänge in Frankreich zu betrachten, sollte man die sehr ernsten inneren Sorgen, die das derzeitige Regime dort hat, nicht übersehen.

## Störungsfeuer aus Paris

Paris, 14. März. Die Mitteilung des Foreign Office, daß Sir John Simon, begleitet von Lord Hesselbrougher Eden, am 24. März nach Berlin abreisen werde, gibt der französischen Presse Anlaß zu einer geradezu fieberhaften Geschäftigkeit. Die Blätter bemühen sich, den englischen Ministern klarzumachen, welche Marschroute sie bei den Berliner Besprechungen zu befolgen hätten. Gewisse französische Lieblingsprojekte, wie vor allem der Ostpakt, stehen dabei im Vordergrund. Nicht nur Leitartikel werden in den Dienst der Sache gestellt, man beschafft sich auch von den Londoner Korrespondenten Informationen, die in der gleichen Richtung laufen. Es wird als selbstverständlich hingestellt, daß die englischen Minister an der Zusammengehörigkeit der in der französisch-englischen Erklärung vom 3. Februar enthaltenen Vorschläge festhalten und auf ihrer gleichzeitigen Erörterung bestehen würden. So sagt „Excelsior“, man würde diesmal nicht auf irgend ein „neues Mandat“ (?) hereinfallen, was auf eine Trennung Englands, Frankreichs und Italiens oder die Zerstückelung der Londoner Erklärung hinausläufe. In diesem Zusammenhang tritt auch das Bestreben zutage, aus den deutschen Erklärungen zur Luftkarrage Kapital zu schlagen. Zu diesem Zweck wird u. a. die Unterredung des Ministerpräsidenten Göring mit dem Vertreter der „Daily Mail“ groß herausgestellt, die bis jetzt von der französischen Presse beinahe mit Stillschweigen übergangen worden war. Wie auf ein Stichwort hin bemühen sich die Blätter, die Angelegenheit nicht nur als einen Versuch gegen den Versailler Vertrag, sondern auch als unvereinbar mit der französisch-englischen Erklärung vom 3. Februar hinzustellen. Dem dient auch die Information, daß von den unabhängigen französischen Stellen die deutschen Mitteilungen auf ihre rechtliche und diplomatische Seite hin geprüft wurden. Nicht alle Blätter gebärden sich freilich so auferregt wie der „Matin“, der den Wunsch nach einem gemeinsamen Schritt Englands, Frankreichs und Italiens in Berlin vordringt, mindestens aber möchte, daß Sir John Simon vor seiner Berliner Reise mit amtlichen französischen Kreisen Fühlung nimmt. Ebenso gereizt spricht „Echo de Paris“ davon, daß Deutschland die Mächte vor eine vollendete Tatsache gestellt habe, ja das Blatt verweist sich dazu, von einer Erpressung zu reden und verlangt, daß die drei Mächte zu einer Beratung zusammentreten.

Etwas vernünftiger zeigt sich „Figaro“. Da heißt es u. a., es sei eigentlich nicht angebracht, ein großes Geschrei anzustimmen, da die Tatsachen längst bekannt seien. Klar sei es ja auch gewesen, daß eine Großmacht wie Deutschland sich nicht ständig mit einer militärischen Unterlegenheit abgeben haben würde. Wer sich einbilde, daß ein so anormaler Zustand ewig andauern könnte, lasse einen seltsamen Mangel an Urteilsfähigkeit erkennen.

Angefaßt von der Zwangsläufigkeit dieser Dinge wäre es sicher besser gewesen, wenn man über den Teil 5 des Versailler Vertrages zu einer Zeit verhandelt hätte, in der sich noch die Möglichkeit ergab, die deutschen Rüstungen zu stabilisieren. Diese vernünftige Beurteilung wird jedoch erheblich abgeschwächt, denn das Blatt vertritt nämlich den Standpunkt, daß England und Frankreich sich Zehntausende von Kampflugzeugen zulegen könnten, ohne daß der Friede dadurch im geringsten gefährdet würde, während der geringste Bruchteil einer solchen Luftflotte im Besitz eines nationalsozialistischen Deutschland höchst gefährlich werden müßte. Diese seltsame Auffassung wird vom „Figaro“ mit der abgedroschenen Behauptung zu stützen versucht, daß in Deutschland ein „Geist der Gewalt“ regiere. Das Blatt verfällt also der bekannten üblichen Auffassung, zwischen Deutschland und den übrigen Mächten zu diskriminieren. Es beweist damit nur, daß es den Gedanken der Gleichberechtigung lediglich als diplomatische Formel bewertet und von seinem Geiste nichts ergreifen hat.

## Französische Stellungnahme zu den Berliner Besprechungen

Paris, 14. März. Havas veröffentlicht eine Ausrufung aus London, in der zu der diplomatischen Lage Stellung genommen wird.

Es heißt in dieser Meldung, man habe guten Grund zu der Annahme, daß Sir John Simon und Eden beauftragt würden, dem Reichskanzler persönlich zur Kenntnis zu bringen, daß das Londoner Kabinett das Sicherheitsproblem im We-



ten wie im Osten Deutschlands als von etnan- der unlosbar betrachte. Jede Anregung, die Sicherheit in Osteuropa unabhängig von Frankreich zu organisieren, würde daher in London als nicht den Erfordernissen der Lage entsprechend angesehen. Die Sicherheit sei im übrigen nur durch gegenseitigen Bestand zu erreichen.

Wenn diese Ansicht in Berlin gebilligt würde, würden die englischen Besucher alle Freiheit haben, um mit den deutschen Unterhändlern über eine Anerkennung der deutschen Aufrüstung zu verhandeln, die der Genußnahme entsprechen würde, die sie auf dem Gebiete der Sicherheit erreichen werde. Diese Anerkennung dürfe jedoch nicht so weit gehen, Deutschland die gleichen Streitkräfte wie Sowjetrußland zuzugestehen.

Im übrigen bedauere man in gut unterrichteten Londoner Kreisen, daß Deutschland vor dem Besuch der englischen Minister in Berlin zur Militarisierung der Zivilflieger schreite, die eine sehr deutliche Verletzung des Teiles 5 des Versailler Vertrages darstelle. In London glaube man, daß eine Verhandlung zur Schaffung eines neuen vertraglichen Sicherheitsystems nicht einer Maßnahme hätte vorausgehen sollen, die einer einseitigen Rüstung des früheren diplomatischen Werkzeuges gleichkäme. Man wisse noch nicht, ob deswegen ein diplomatischer Protest erfolgen werde, oder ob Sir John Simon die Angelegenheit selbst in Berlin behandeln werde. Jedenfalls sei aber sicher, daß sie nicht mit Stillschweigen übergangen werde.

Die Meldung der Havasagenten ist ein deutliches Zeichen für die französischen Versuche, bereits jetzt die in englisch-französischen Abkommen vom 3. Februar vorgesehenen freien Verhandlungen zu präjudizieren oder ihnen zum mindesten eine bestimmte Richtung aufzuzwingen.

Daß Deutschland ebenso den Frieden für den Osten wie für den Westen wünscht und diesen für notwendig hält, bedarf nicht erst einer Sondierung der englischen Staatsmänner in Berlin. Inwiefern hierzu aber gerade die Weiskandspalte notwendig sind, wie man sie sich in Frankreich und auch anderswo wünscht, das werden eben jene kommenden Berliner Unterhandlungen zu erweisen haben.

Wenn Havas die Notwendigkeit einer gewissen Relation zwischen den Streitkräften Rußlands und denen Deutschlands anerkennt, so bedeutet dies gewiß einen Fortschritt. Es wäre im Sinne einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung nur zu wünschen, daß auch Rußland gewisse Anregungen gegeben würden, die dortigen, bisher unerlösten Rüstungsvoorbereitungen und Bestrebungen zu mäßigen, um notwendige Reaktionen anderer in Reichweite dieser Rüstungen liegender Länder zu vermeiden. Daß gerade der von Havas bemängelte deutsche Entschluß hinsichtlich des militärischen Flugwesens durch solche — aber auch durch andere — Zusammenhänge zu einer unabwendbaren Notwendigkeit werden mußte, ist im Grunde von der Weltöffentlichkeit, soweit nicht anders gerichtete taktische Gründe maßgebend bleiben, längst anerkannt worden.

### Radikalsozialisten zur Dienstzeitfrage

#### Bedingte Unterstützung der Regierung

Paris, 14. März. Verschiedene Kammerfraktionen haben am Donnerstag Sitzungen abgehalten, um zur Frage der Militärdienstverlängerung Stellung zu nehmen. Besonders Bedeutung kommt dabei der Sitzung der radikalsozialistischen Fraktion zu, in deren Verlauf die verschiedenen Meinungen heftig auseinandergestellt wurden. Der ehemalige Ministerpräsident Daladier, der den linken Flügel der Radikalen vertritt, war der Ansicht, daß die Frage der Landesverteidigung nicht allein durch die Militärdienstzeit gelöst werden könne, sondern vor allem durch eine moderne Organisation des Heeres und der Materialbeschaffung.

Staatsminister Herriot vertrat den Standpunkt der Regierung und stellte dabei zwischen dem deutschen und dem französischen Heere Vergleiche an. Er glaube außerdem nicht, daß man jemals durch Neuverpflichtungen bei noch so hoher Löhnung das jährliche Loos von 120 000 Rekruten werde kopfen können. Der ehemalige Luftfahrtminister Pierre Cot lenkte die Aufmerksamkeit der Fraktionsmitglieder auf die Notwendigkeit einer Verstärkung der Luftflotte.

Die Fraktion nahm einstimmig, bei einer Stimmenthaltung, eine Entscheidung an, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Frage der Landesverteidigung nicht nur durch die Verlängerung der Militärdienstzeit gelöst werden könne, sondern daß man sich auch mit anderen Maßnahmen beschäftigen müsse, um eine moderne Organisation des Heeres durchzuführen. Die Fraktion habe Vertrauen zur Regierung.

daß sie diese Maßnahme prüfe und dem Parlament entsprechende Vorschläge unterbreite. In diesem Geiste sei die Fraktion bereit, die Regierung zu ermächtigen, Artikel 40 in dem Maße anzuwenden, wie es die Beibehaltung der normalen Effektiv-Bestände des einjährigen Dienstgesetzes erfordere.

Die Fraktion des republikanischen Zentrums (Gruppe Tardieu) nahm einen ganz entgegengesetzten Standpunkt ein und hielt die Anwendung des Art. 40 für ungenügend. Die Fraktion fordere vielmehr die Schaffung eines ganz neuen Gesetzes über die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit.

### Reichsminister Dr. Frick in Lübeck

Lübeck, 14. März. Der Reichsminister des Innern Dr. Frick ist am Donnerstag zu einem Besuch in Lübeck eingetroffen. Der Minister landete kurz nach 15 Uhr auf dem Flugplatz in Travemünde. Auf dem Flugplatz wurde der Minister von Reichsstatthalter Hildebrand und der Mitgliedern des Senates empfangen. Er begab sich in das Rathaus, wo er vom Bürgermeister willkommen geheßen wurde. Im Audienzsaal des Rathauses nahm der Minister dann im engsten Kreise Vorträge von Senator Dr. Voelckner und Senator Helm entgegen. Am Abend sprach der Minister in einer großen öffentlichen Kundgebung zur Bevölkerung.

### Simon und Eden am 25. und 26. März in Berlin

Berlin, 14. März. Nachdem der Reichsminister des Auswärtigen letzten Samstag dem englischen Botschafter Sir Eric Phipps mitgeteilt hatte, daß der Besuch des englischen Ministers in ungefähr 14 Tagen erfolgen könnte, hat der englische Botschafter der deutschen Regierung hierfür den 25. und 26. März vorgeschlagen. Der englische Botschafter wurde dahin unterrichtet, daß die englischen Gäste der Reichsregierung zu diesem Zeitpunkt willkommen sein werden.

London, 14. März. Zu der bevorstehende Reise von Simon und Eden nach Berlin sagt der parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ u. a.: Die britischen Minister seien der Meinung, daß die Gegenstände, die zur Erörterung kämen — Luftpakt, Ostpakt, Möglichkeit eines mitteleuropäischen Paktens und Rüstungsabkommen — gleichzeitig geprüft werden sollten, denn alle seien Teile eines logischen Ganzen. Die Minister betrachten den Gedanken des Abschlusses von Nichtangriffspacten zwischen zwei Nationen nicht als günstig, da sie der Ueberzeugung seien, daß die Frage des Friedens Europas ein unteilbares Ganzes bilde. Der Mitarbeiter fügt hinzu, das Datum des Moskauer Besuchs Edens dürfte in einem oder zwei Tagen mitgeteilt werden. Das britische Kabinett betrachte den Besuch in Moskau als eine sehr wichtige Angelegenheit und keineswegs als ein Anhängel der Berliner Besprechungen. Der Besuch in Sowjetrußland könne unmöglich vor dem Besuch in Deutschland stattfinden. Die Minister meinten daher, es sei am besten, wenn Eden und Außenminister Simon zusammen nach Berlin fahren, damit Eden, wenn er nach Moskau weiterfähre, über die Berliner Besprechungen nachlauf unterrichtet sei. Das Kabinett glaube aber auch, daß die Bedeutung des Besuchs Edens in Moskau, wenn Eden auch in Berlin gewesen sei, eher vermehrt als vermindert sein werde. Eden werde so viele Tage in Moskau bleiben, wie zum Abschluß der Besprechungen notwendig seien. Der Sowjetbotschafter in London und Eden hätten am Mittwoch miteinander in Verbindung gestanden.

### Oberhaus-Ausprache über das Weißbuch

London, 14. März. Im Oberhaus brachte Lord Ponsonby, der Führer der Opposition, gleichfalls einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein, in dem die Veröffentlichung des Weißbuches bedauert wird, da es geeignet sei, die internationalen Schwierigkeiten zu vergrößern und den Rüstungswettbewerb zu verheizen. Lord Ponsonby nannte das Weißbuch einen Ausdruck des Mißtrauens gegenüber den europäischen Nationen. Unter Hinweis auf die deutschen Rüstungen sagte der Redner, seit den Tagen von Versailles sei England verpflichtet gewesen, bis auf den Stand Deutschlands abzurufen, oder es sei unvermeidlich gewesen, daß eine Macht vom Range Deutschlands die Wiederaufrüstung bis zum Stand der anderen Nationen verlangen würde. Als Vertreter der Regierung sprach der parlamentarische Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Lord Stanhope. Er wiederholte den Wunsch der Regierung nach einer Abrüstungskonvention und der Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund und bezeichnete ein Abrüstungsabkommen vor dieser Rückkehr als völlig unmöglich. Die britische Regierung demühe sich, Abkommen nach dem Muster der Locarnoverträge zustande

zu bringen, deren Unterzeichner sich gegenseitig Hilfe für den Fall eines Angriffes gewährleisten. Das sei der Grundpfeiler, auf dem der Luftpakt, das Ost-Locarno und die anderen Vorschläge fußen, die der Außenminister und der Lordsegelebewahrer Deutschland im Laufe dieses Monats vorzulegen hofften.

Das Oberhaus lehnte den Antrag Ponsonbys, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen, ohne Abstimmung ab. In der Aussprache erklärte der Erzbischof von Canterbury zum Schluß seiner Ausführungen, es sei jetzt klar, daß England bereit sei, Deutschland in der Gemeinschaft der Nationen im Geiste völliger Gleichberechtigung zu empfangen.

### Für Revision des Versailler Vertrages

London, 14. März. In einem der kommenden Berliner Reise Simons gewidmeten Leitartikel führt „Daily Mail“ aus, es werde so viel von diesem Besuch abhängen, daß seine Mühe gescheit werden sollte, ein Gefühl einträchtiger Freundschaft zwischen Großbritannien und Deutschland zu schaffen. Dies würde der britisch-französischen Freundschaft in keiner Weise abträglich sein. Nachdem der Versailler Vertrag im Wandel der Zeit zu einem beträchtlichen Teil veraltet sei, dürfe man fragen, ob irgend ein Grund dagegen spreche, gewisse seiner Artikel, die in Deutschland besonderes Mißfallen erregten, formell aufzuheben. Die Entwaffnungsartikel seien bereits so gut wie tot. Die britische Regierung könnte sehr wohl erwägen, ob sie nicht die Initiative ergreifen und die Beseitigung dieses veralteten „Pflunders“ einschließlich der Kriegsschuld Klauseln aus dem Vertrage vorschlagen sollte. Nachdem die Reparationszahlungen vor vier Jahren endgültig aufgehört hätten, könne dieser Artikel nicht mehr zu den modernen Verhältnissen, gebe aber einen dauernden Anlaß zur Gereiztheit für Deutschland und eine Ursache internationaler Reibungen. Um des Friedens Europas willen sei es unbedingt notwendig, daß Großbritannien und das Deutsche Reich die besten Beziehungen zueinander unterhielten. In England sei keine Spur von Nebelwollen für Deutschland, und in Deutschland würden alle britischen Besucher freundschaftlich aufgenommen. Wenn Deutschland aufgerüstet habe und dies auch weiterhin tun werde, so folge es damit nur dem Beispiel aller anderen Staaten der Welt mit Ausnahme Großbritanniens. Hoffentlich würden die britischen Staatsmänner darauf verzichten, Deutschland wegen seiner Rüstungen Vorhaltungen zu machen. Sie würden damit Schaden anrichten. Nicht weniger gefährlich sei der Gedanke, daß ein Pakt mit Moskau einen Ersatz für den Verlust der deutschen Freundschaft bieten würde. Niemand in England habe Vertrauen zu den Bolschewiken und sogar die radikalsten Sozialisten des Landes würden, wenn sie ins Amt kämen, jögern, den „treulosen Sowjets“ irgend welches Vertrauen zu schenken.

### Italien und die deutsche Gleichberechtigung

Rom, 14. März. Die politische Lage wird in der italienischen Presse vollkommen ruhig und sachlich besprochen.

Besonders bemerkenswert sind die Ausführungen des „Corriere della Sera“, der schreibt, jede diplomatische Aktion, wie die Reise Simons nach Berlin, müsse dem deutschen Rüstungsstandpunkt Rechnung tragen. Seit langem verlange Mussolini, daß bei der Regelung der europäischen Beziehungen von der unabwendbaren Tatsache ausgegangen werde, daß Deutschland auf die Verwirklichung der tatsächlichen Gleichberechtigung hinstrebe. Wenn die ganze, mit theoretischen Erörterungen verlorene Zeit zu ernsthaften Verhandlungen mit einem tatsächlich gleichberechtigten Deutschland verwandt worden wäre, so hätte man ein viel größeres Stück Weg zum Frieden zurückgelegt, als bis heute geschehen sei. Die englische Regierung, die neue Wehrausgaben angekündigt habe, nehme jetzt über Simon die Fühlung mit der Reichsregierung wieder auf, die ihrerseits die Reorganisation der deutschen Luftfahrt ankündigt. Diese Ankündigung, die „weniger schlimm ausgefallen ist als man befürchten konnte“, lasse die Welt aufatmen. Wer habe sich im Ernst einer Täuschung hingeben können?

### Trauerbeflaggung am 17. März

Berlin, 14. März. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Göttsche, hat zum Heldengedenktag folgenden Erlass veröffentlicht:

Am Sonntag, den 17. März, gedenkt das deutsche Volk der Gefallenen des Weltkrieges. In allen Orten des Reiches werden würdige Gedenkfeiern stattfinden. Ich fordere die Bevölkerung auf, an diesem Tage zu Ehren der toten Soldaten Trauerbeflaggung zu zeigen.

## Das Rätsel um Dr. Antonio Stradella

KRIMINALROMAN VON WILL WESTER

„Herr Präsident sind Optimist. Es liegen Nachrichten aus siebenunddreißig europäischen Polizeistationen vor, daß Dr. Stradella, trotz genauester Instruktionen von uns nicht aufzufinden ist. Er scheint mit dem Teufel im Bunde zu sein.“

In diesem Augenblick ging das Telefon.  
Der Präsident nahm den Hörer ab: „Gendarmereipräsidentium. Wer dort? Wie bitte...? Ein Bankraub in Mailand... Der Kassierer erschossen... Die Täter unbekannt entkommen? In der Banca nazionale...? Wer spricht dort, bitte? Das Präsidium in Mailand...? Was wünschen Herr Kollege? Absperungsmaßnahmen? Sehr wohl! Die Gendarmerie wird in Alarm gesetzt...“  
Mit hochrotem Kopfe hing Luigi Bortolo den Hörer wieder ein.

„Maledetto! Eine verfluchte Schweinerei. Was sagen Sie dazu, Herr Kommissar? Bankraub am hellen Tage! Der Kassierer erschossen. Aber ich wette mit Ihnen um hundert Flaschen Chianti, daß auch dieses Verbrechen von amerikanischen „Importen“ inszeniert wurde. Sie erinnern sich des noch unaufgeklärten Einbruchs in Turin, bei welchem den Banditen kostbarer Schmutz in die Hände fiel. Heute wissen wir, daß der Einbrecherkönig Joe Watkins bei diesem verwegenen Verbrechen seine Hand im Spiele hatte!“

Luigi Bortolo trommelte nervös mit seinen langen, wohlgepflegten Händen auf der Platte seines riesigen Diplomatens und fuhr fort: „Hat damals Mister Connor gefabelt? He? Hat damals das Auswärtige Amt der amerikanischen Botschaft Gotti gefagt? He? Keine Hand hat sich wegen dieses Zupelshändlers Cornera in

Turin gerührt. Wenn aber die Ehre der „Union“ getüßelt wird, dann füllen die Großhosen von Mankees ihre Spalten mit Druckerchwärze!“

„Der Herr Präsident sind sehr erregt“, erlaubte sich Dr. Lombroso zu bemerken. „Es ist nicht unsere Sache, den Ueberfall auf die Banca nazionale aufzuklären, aber wir werden sofort die Abspermaßnahmen treffen. Der Herr Präsident gestattet, daß ich die Anweisungen telephonisch an die Ueberwachungsbeamten weiterleite?“

„Bitte, bitte!“  
Als Lombroso den Hörer wieder einhing, hatte der Herr Präsident sein seelisches Gleichgewicht wieder gefunden, denn mit einer gewissen Liebesswürdigkeit — oder war es Schandenreue? — meinte er zu Lombroso: „Es ist gut, Herr Kommissar, daß nicht allein in Venetien die Schwerverbrecher haufen. Aber bitte“, und das sagte er mit besonderem Nachdruck. „Ihre Aufgabe ist es, den Fall Dr. Antonio Stradella aufzuklären. Gehngt Ihnen das, — Luigi Bortolo machte eine bezeichnende Handbewegung —, dann, na — — mindestens die Beförderung. Wissen Sie übrigens, daß die amerikanische Botschaft die Verlosung auf hunderttausend Dollar erhöht hat? Für die Aufklärung des Falles stehen somit mehr als eine Million Lire zur Verfügung. Bitte, ist das nichts?“

„Der Herr Präsident wissen, daß ich nichts unversucht lassen werde. Es geht nicht nur um Dollars...“

„Evvia! Das ist grandios gesprochen. Signor Kommissar. Es geht nicht nur um Dollars. Es geht um die Ehre Venetiens!“

Der Präsident nickte. „Buon Giorno.“

Dr. Stefan Guldeusch in Wien war nicht der einzige, der ohne Einschränkung an die Unschuld Stradellas glaubte. Er hatte die Presse Europas in Bewegung gesetzt: es nützte allerdings nichts. Man war von der Säulid des Verfolaten überzeugt.

Davon konnte sich auch Dr. Lombroso überzeugen, als er nach zehnstündigem Fluge auf dem Flugplatz in Odeffa

landete. Journalisten aus allen Ländern interviewten ihn und ließen keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Täterschaft Stradellas so gut wie erwiesen sei, obwohl dieser selbst noch nicht einmal festgenommen und verhört worden war.

Aber es gab noch einen Menschen, der wie Dr. Guldeusch ohne Vorbehalt die Täterschaft Dr. Stradellas in Abrede stellte; das war Professor Michael Menchikoff in Sofia. Niemand vermochte ihn von der Täterschaft überzeugen, denn er glaubte Antonio zu kennen.

„Weshalb antwortete Dr. Stradella nicht?“ fragte ihn Franca eines Tags. „Hat er Angst?“

Michael tröstete sie. „Ich errate die Zusammenhänge nicht, weshalb er meinen Brief nicht beantwortet; aber glaube es mir, Franca, Antonio Stradella ist kein Mörder.“

„Wir müssen ihn retten, Michael. Man wird ihn verurteilen. Ganz Italien glaubt an seine Schuld.“

Das Blut schoß dem jungen Gelehrten bis in die Haarwurzel. „Beruhige Dich, Schwesterchen. Ich werde ihn retten, wenn eine Rettung überhaupt möglich ist.“

„Wie willst Du es machen, Bräderchen?“

„Ich muß es überlegen. Aber ich glaube, eine Idee zu haben, Schwesterchen. Die Ordensbrüder vom heiligen Grabe könnten ihm Unterschlupf gewähren. Ich kenne den Prior. Es war ein Freund unseres Vaters. Vater Ambrosius wird es tun, obwohl Antonio römischer Katholik ist.“

Franca düstere Gesicht erhellte sich. „Wie aber werden wir es bewerkstelligen? Die bulgarischen Behörden fahnden nach ihm; sie alle lockt die hohe Belohnung.“

„Daß es meine Sorge sein, Schwesterchen. Wir werden der Polizei ein Schnippchen schlagen.“

„Ach, Michael“, seufzte Franca, „was wird aus ihm werden, wenn er ahnungslos Sofia erreicht? Er wird Deinen Brief nicht haben; er wird nicht wissen, wie es um sein Schicksal steht. Man wird ihn verhaften.“

(Fortsetzung folgt).





## Ehrenbuch der Reichsbahn für den Bahnschutz

49 Männer beim Schutz der Deutschen Reichsbahn gefallen

Berlin, 14. März. Als Schutzorganisation für das lebenswichtige deutsche Schienennetz wurde nach dem Kriege der Bahnschutz ins Leben gerufen. Tausende deutscher Eisenbahner haben in kritischen Zeiten, in denen der Ausbruch durch die deutschen Lande ging, den Eisenbahnbetrieb gesichert und so verhütet, daß deutsche Volksgenossen von der Zufuhr von Lebensmitteln usw. abgeschnitten wurden. Mancher tapferer Eisenbahner hat im Dienst des Bahnschutzes seine Pflicht bis zum Tode erfüllt. Die Reichsbahnerverwaltung hat die Namen aller dieser, die ihr Leben im Dienste des Bahnschutzes geopfert haben, in einem zum Gedenktage herausgegebenen „Ehrenbuch des deutschen Bahnschutzes“ ausgezeichnet. Jedes der 49 Blätter ist einem der 49 Männer gewidmet, die ihr Leben im Dienste des Bahnschutzes geopfert haben. In schwarzer gotischer Handschrift ist der äußere Hergang des Todes kurz geschildert. Der Name ist in roten Antiqua-Buchstaben gemalt und mit goldenen Verzierungen geschmückt. Die einzelnen Blätter weichen in der Ausführung voneinander ab. Eines der Ehrenblätter, das als Beispiel genannt sei, weist folgenden Wortlaut auf:

„Wilhelm Müller, Lokomotivführer, Bahnbetriebswerk Stuttgart, gestorben am 26. März 1921, gefallen im Kampf gegen die Kommunistenbanden auf Bahnhofs Sangerhausen. Müller erhielt auf der Lokomotive einen Kopfschuß, Gewehrgehoß.“

## Der abessinisch-italienische Streitfall

Bersärfung der Lage

London, 14. März. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Addis Abeba meldet, im italienisch-abessinischen Streit sei eine heikle Lage entstanden.

Die seit zwei Wochen geführten Verhandlungen über die Frage einer neutralen Zone und Italiens Schadenersatzforderungen seien ergebnislos geblieben. Abessinien schiebe die Schuld auf Italien. Inzwischen dauerten die militärischen Vorbereitungen der Italiener in Afrika an.

Es verlautete, die abessinische Regierung habe am Mittwochabend eine Note nach Rom geschickt, in der sie sich weigere, die italienischen Forderungen weiterhin zu erörtern, wenn es nicht vorher eine unparteiische Untersuchung gebe.

In der Note werde eine eindeutige Antwort Italiens verlangt, ob es den Streit schiedsrichterlicher Entscheidung zu unterbreiten bereit sei, wie dies in der italienisch-abessinischen Vereinbarung vorgesehen sei.

## Ein Nachklang zur ungarischen Bolschewistenzeit

Budapest, 14. März. Der Buchdrucker Bela Gardo war zur Bolschewistenzeit politischer Bevollmächtigter des Roten Infanterieregiments Nr. 5 in Mezöcsát. Auf seinen Befehl wurden sechs Personen, die auf ihren Häusern weiße Fahnen gehißt hatten, hingerichtet. Nach Sturz des Bolschewistenregiments floh Gardo nach Rußland. Doch kehrte er nach Ablauf einiger Jahre freiwillig wieder nach Ungarn zurück. Erst nach längerer Zeit gelang es, ihn ausfindig zu machen. Das Gericht in Miskolc verurteilte ihn wegen Aufreizung zu schmachlichem Mord zum Tode. In der Berufungsverhandlung vor dem Debreciner Gericht wurde das Urteil in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt, da ihm die freiwillige Rückkehr als mildern Umstand angerechnet wurde. Auf die Nichtigkeitsbeschwerde Gardos hat nunmehr die höchste Instanz das Urteil der zweiten Instanz bestätigt. Damit ist wieder einer der ungarischen Terroristen für immer unschädlich gemacht.

## Litauen legt ein „Statut-Gericht“ ein

Eine einseitige Maßnahme

Kowno, 14. März. Der litauische Staatspräsident hat ein Gesetz erlassen, nach dem ein sog. Statut-Gericht zur Regelung von Streitigkeiten eingesetzt worden ist, die sich aus der Anwendung des Memelstatuts und den Maßnahmen des Gouverneurs und des Landtages ergeben. Da das neue Gericht sich lediglich aus litauischen Richtern unter dem Vorsitz des Präsidenten des Kownoer Obergerichtes zusammensetzen soll, bedeutet diese Einrichtung, die auch im Widerspruch zum Memelstatut steht, eine völlig einseitige Maßnahme gegen das Memelgebiet.

## Die reichsdeutschen Tageszeitungen in Oesterreich für weitere drei Monate verboten

Wien, 14. März. Das Bundeskanzleramt hat das seinerzeit verhängte und zuletzt am 5. Dezember 1934 mit Wirksamkeit bis 16. März 1935 verlängerte Verbot der Verbreitung aller im Deutschen Reich erscheinenden Tageszeitungen und gewisser Zeitschriften im gleichen Umfang für den Zeitraum von weiteren drei Monaten, Endtag 16. Juni 1935, verlängert. Die gegen bestimmte Zeitungen für eine längere Zeitdauer verfügbaren Verbote werden hierdurch nicht berührt. Übertretungen werden mit Verwaltungsstrafen bis 2000 Schilling oder drei Monaten Arrest geahndet.

## Dr. Rintelen zu lebenslänglichem Kerker verurteilt

Wien, 14. März. Im Rintelen-Prozess wurde am Donnerstag nachmittag das Urteil gefällt. Der Angeklagte Dr. Rintelen wurde zu lebenslänglichem Kerker verurteilt.

Dr. Rintelen sei schuldig, im Jahre 1931 in Wien und Komau ihm bekannter Anschlag auf das Bundeskanzleramt begünstigt und dadurch gefördert zu haben, daß er sich als Chef der neu zu bildenden revolutionären Regierung zur Verfügung stellte. Er habe damit das Verbrechen der entfernten Mithuld am Hochverrat begangen und da der Gerichtshof das Untertun als besonders gefährlich ansehen müsse, werde über ihn die Strafe des lebenslänglichen Kerkers verhängt. Die Untersuchungshaft vom 26. Juli bis heute wird für den Fall einer späteren Begnadigung eingerechnet.

Dr. Rintelen nahm das Urteil lächelnd auf. Der Vorsitzende begann sodann die umfangreiche Begründung des Urteils.

Dr. Rintelen sagte im Schlusswort: Ich bin unschuldig. Ich habe immer offen für meine Ideale gekämpft. Ich wollte nie etwas anderes als ein gutes Einvernehmen Oesterreichs mit Deutschland. Ich habe mich dabei in einer Linie mit dem größten österreichischen Staatsmann Dr. Seipel befunden. In dieser Überzeugung sehe ich mit Ruhe Ihrem Urteilspruch entgegen.

## Berlängerung des Ausnahmezustandes in Rumänien

Bukarest, 14. März. Die rumänische Kammer beschäftigte sich mit einem von der Regierung vorgeschlagenen Gesetzentwurf, der eine Verlängerung des in gewissen Gebieten Rumäniens bestehenden Ausnahmezustandes und Zensurrechts um sechs Monate vorsieht. Im Laufe der Aussprache, an der sich auch die Führer der Oppositionsparteien beteiligten, setzte Ministerpräsident Tatarescu aus, daß es der Wunsch der Regierung sei, den Ausnahmezustand nur so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Wie lange dies noch notwendig sei, hänge einzig und allein von dem Verhalten der politischen Agitatoren ab, die versuchten, die Ordnung und die Sicherheit des Staates zu stören, die die Regierung zu verteidigen entschlossen sei. Die Kammer nahm das Gesetz mit 119 gegen 7 Stimmen an.

## Griechenlands innenpolitisches Programm

Kriegsminister Kondylis' Neußerungen

Athen, 14. März. Der Kriegsminister General Kondylis, der nach der Niederwerfung des Aufstandes nach Athen zurückgekehrt ist, empfing am Mittwoch den Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros und gab folgende Erklärung ab: Dank der Hilfe und dem Vertrauen des griechischen Volkes liegt ein schweres Abenteuer siegreich hinter uns. Unsere Gegner verübten systematische Sabotage gegen das Werk der Regierung und versuchten, mit brutaler Gewalt die Regierung an sich zu reißen. Jetzt aber gehen wir einer neuen Wiedergeburt der Nation mit einer Stärkung der autoritären Staatsgewalt entgegen. Das Vertrauen des Volkes zur Regierung ist bewiesen durch seine Stimme und die Haltung, die es lethyn dem Ministerpräsidenten Tzadaris gegenüber eingenommen hat. Diesem halten wir, Volk sowohl wie Militär, Dankschulden.

Wie der große Führer der edlen befreundeten deutschen Nation, so führte der griechische Kriegsminister weiter aus, auf den Willen des Volkes sich stützend, Wunder in der Neuorganisation des deutschen Volkes vollbrachte, so wollen auch wir versuchen, auf das Vertrauen des griechischen Volkes gestützt, der griechischen Seele neues Leben und zeitgemäße Ideale einzulößen. Alle Zwistigkeit und Uneinigkeit muß in Zukunft verschwinden, und unser innenpolitisches Programm wird sich nicht viel unterscheiden von dem Programm des großen Formers des neuen Deutschland, Adolf Hitler.

Dabei gebrauchte General Kondylis, der im übrigen der deutschen Sprache unkundig ist, das deutsche Wort Führer mit besonderem Nachdruck. Der Kriegsminister sprach weiter seinen Dank für die objektive deutsche Berichterstattung über die griechischen Ereignisse aus und schloß: Mit der gleichen Gesinnung werden auch wir versuchen, die glücklicherweise bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu dem großen Deutschland noch weiter auszubauen und dem Wirtschaftsaustausch zwischen Deutschland und Griechenland im Interesse beider Völker einen neuen Antriebs zu geben.

Athen, 14. März. Der Staatsanwalt hat nunmehr mit der Beschlagnahme des Eigentums der ausländischen begonnen. Das Vermögen von Benizelos, seinen Söhnen und Verwandten, das sich in Griechenland befindet, wird auf eine halbe Milliarde Drachmen (fast 12 Millionen RM.) geschätzt. Außerdem ist die Reinigung des Offizierskorps und der Beamtenschaft von Anhängern Benizelos eingeleitet worden.

## Griechische Nachlese

Athen, 14. März. Auf Samos wurde der frühere Ministerpräsident Solalis, der unter Benizelos lange Jahre Präsident der Kammer gewesen war, verhaftet, da er unter dem Verdacht der Teilnahme an der Revolution steht. Er wird mit einem Torpedoboot nach Athen gebracht werden. Die griechische Regierung hat um die Erlaubnis nachgesucht, ein Torpedoboot nach der Insel Patmos (Dodekanes) zu entsenden, um ein von den Rebellen verlassenes Unterseeboot abzuholen.

Athen, 14. März. Ein italienisches Torpedoboot bringt den ehemaligen Ministerpräsidenten Benizelos nach Rhodos.

Benizelos telegraphierte der Regierung, daß er die aus der Staatskasse von Kreta mitgenommenen Gelder, etwa 10 Millionen Drachmen, zurückerstatten wolle. Er betrachte diese Summe als seine persönliche Schuld. Am Donnerstag wurde mit der Demobilisation der aus Anlaß des Aufstiegs eingezogenen Heeresangehörigen begonnen. Sechs Generale, die mit den Revolutionären sympathisiert haben, sind von der Regierung entlassen worden.

## Gefecht zwischen griechischen Regierungstruppen und Aufständischen

Sofia, 13. März. Wie aus Petritsch an der bulgarisch-griechischen Grenze von den bulgarischen Behörden gemeldet wird, war dort am Mittwoch nachmittag anhaltendes starkes Geschütz- und Maschinengewehrfire zu vernehmen. Nach Mitteilung griechischer Grenzposten handelte es sich um ein schweres Gefecht zwischen griechischen Regierungstruppen und dem zum aufständischen 4. Armeekorps gehörenden 22. Infanterieregiment, das bisher keine Uebergabe abgesehen hat. Ueber den Ausgang des Kampfes, der sich in der Gegend von Drama abgespielt hat, liegen hier bis zur Stunde noch keine Meldungen vor.

## Griechische Währung nicht gefährdet

Athen, 14. März. Finanzminister Pasmazoglou hat die Erklärung abgegeben, daß die griechische Währung durch den Aufstand in keiner Weise gefährdet sei. Auch sei es nicht erforderlich, zur Deckung der durch den Aufstand entstandenen Schulden neue Steuern zu erheben. Die Waise in Athen hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Behörden haben für etwaige Preissteigerungen Strafen angedroht.

## Um die Dienstzeit-Verlängerung

Sitzung des Heeresausschusses der Kammer

Paris, 14. März. Die Sitzung des Heeresausschusses der Kammer, der sich mit der Frage der Dienstzeit beschäftigten sollte, ist ziemlich stürmisch verlaufen. Ein Mißtrauensantrag, den die Rechte gegen die Regierung wegen allzu großer Nachsichtigkeit gegenüber den Wahlführern der Radikalsocialisten gestellt hatte, konnte nur mit Mühe abgedungen werden. Die Presse erwartet für den Freitag eine lebhafteste Auseinandersetzung in der Kammer über die Frage der Dienstzeit. Ministerpräsident Flaudin wird, wie angekündigt, eine Erklärung abgeben. Der Vorsitzende des Heeresausschusses der Kammer, Fabry, hat bereits angekündigt, daß er seiner Verwunderung über das Zögern der Regierung Ausdruck geben werde. Er werde jedoch nicht als Ausschussvorsitzender, sondern als Parteimann sprechen. Auch der bekannte Deutschengegner Branklin Bouillon hat sich bereits zum Wort gemeldet. „Petit Journal“ erwartet, daß die Kammer der Regierung trotz dieser Vorstöße das Vertrauen aussprechen werde. Die Regierungsvorlage werde an die zuständigen Ausschüsse gehen. Das Parlament werde erst nach den Gemeindevahlen dazu Stellung zu nehmen haben. Das Verhalten Flaudins lasse sich erklären einmal aus der Notwendigkeit, die im April einzuberufenden Rekruten durch eine kurze Erklärung darauf aufmerksam zu machen, daß sie 18 Monate zu dienen haben würden, und zum anderen aus dem Wunsch, den eigentlichen Gesetzentwurf bis nach den Gemeindevahlen zu verschieben.

## Mandschukuo breitet sich aus

Hankow, 14. März. Die Regierung von Mandschukuo veröffentlichte eine halbamtliche Mitteilung über die Beziehungen zur inneren Mongolei, die Beachtung verdient, zeigt sie doch, daß die der neuen Staatsgründung innewohnende Ausbreitungstendenz noch nicht zur Ruhe gekommen ist.

Es wird darin erklärt, in der letzten Zeit habe die mandschurische Regierung verschiedene Petitionen von der Bevölkerung der inneren Mongolei erhalten, in denen die mandschurische Regierung ersucht werde, sämtliche Schritte zu unternehmen, die den Anstich der inneren Mongolei an Mandschukuo herbeiführen können. Ferner habe eine Gruppe mongolischer Fürsten in Dolonnor bei den mandschurischen Behörden um die Erlaubnis nachgesucht, dem mandschurischen Kaiser in Hankow eine Petition zu reichen, die die Vereinigung der inneren Mongolei mit Mandschukuo verlangt. Von den mandschurischen Behörden sei die Einreise der mongolischen Fürsten nach Hankow gestattet worden. Zwischen der Regierung der inneren Mongolei und der von Mandschukuo schwebt noch eine Streitfrage wegen des Grenzkonflikts am Boiron-See, bei dem es auch zu militärischen Reibungen kam.

## Lokales

Wildbad, 15. März 1935.

Am Gedenktage, den 17. März, wird auf Grund einer Vereinbarung mit den zuständigen Stellen der Koffhäuserbund und der S. A. L. im ganzen Reichsgebiet an allen Kriegerdenkmälern in der Zeit von 9—13 Uhr Ehrenposten stellen.

Berufung. Artur Hählig, der im vorigen Jahr zum Leiter des Staatlichen Kurorchesters ernannte Stuttgarter Dirigent, wurde für den kommenden Herbst als erster Operkapellmeister an das Stadttheater Heilbronn verpflichtet, sodas sich seine zukünftige Tätigkeit auf Wildbad und Heilbronn erstrecken wird.

— Gedenktage in den Schulen am 18. März. Reichserziehungsminister Rust hat laut RdZ. angeordnet, daß mit Rücksicht darauf, daß an dem eigentl. vorgesehene Samstag durch die Einführung des Staatsjugendtages eine Anzahl Schüler im Unterricht fehlt, die Gedenktage für die Toten des Weltkrieges in den Schulen alljährlich am Montag nach Reminiscere, diesmal also am 18. März, stattfinden soll.

— Beteiligung der Grundschüler an Vereinen. Auf Grund eines Erlasses des Reichs- und Preussischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung Volksbildung hat der württ. Kultminister angeordnet, daß den Grundschulern und Grundschülerinnen (1. bis 4. Schuljahr) die Beteiligung an Vereinen oder Verbänden außerhalb der Schule verboten ist. Soweit die Schüler den Formationen der Hitlerjugend angehören, haben sie vom 5. bis 8. Schuljahr dem Jungvolk und erst nach Ableistung der Volksschulpflicht der HJ. anzugehören.

— Schülerferienarten auch für viertägige Ferien gültig. Rünftig werden Schülerferienarten auch für Ferien von mindestens viertägiger Dauer ausgegeben. Diese Regelung hat die Reichsbahn getroffen, um den Schülern und Studierenden auch bei den kurzen Ferien diese Fahrpreismäßigung zugute kommen zu lassen. Die Karten werden nur Tage vor und drei Tage nach dem im Antrag bezeichneten Reisetage ausgegeben.

## Württemberg

Am Grabe von General Ruff

Loth. D. Wetzheim, 14. März. Unter Teilnahme der ganzen Stadt und zahlreicher hoher Offiziere der alten Armee und der neuen Wehrmacht wurde an seinem 89. Geburtstag der älteste württembergische Offizier, Generalleutnant a. D. Karl von Ruff, auf dem Lothar Friedhof zur letzten Ruhe bestattet. Die St. und die anderen Formationen bildeten Spalier. Der Bataillonsadjutant folgte mit den Orden und Ehrenzeichen, begleitet von Hauptleuten, die die Ehrenwache übernommen hatten. Auf dem Friedhof spielte das Musikkorps am Grabe zunächst das holländische Dankgebet, dann hielt der Geistliche die Gedächtnisrede. Die Reihe der Kranzniederlegungen eröffnete der Befehlshaber des Wehrkreises 5, Generalleutnant Geper, im Auftrag der neuen Wehrmacht. Es folgte General a. D. Freiherr von Soden im Namen der Offiziere der alten Armee und des Offizierskorps des Infanterieregiments 125, dann General a. D. Freiherr von Lupin-Gmünd für das Infanterieregiment 123, Oberleutnant a. D. Göß für das Infanterieregiment 129, Oberleutnant Knoerzer für den Standort Schwäbisch Gmünd und für das Bataillon, das dem toten General die letzte Ehre erwies, Oberst Schmidt, Kommandeur des Infanterieregiments Ludwigsburg, sowie Kreisleiter Sieger für die NSDAP und die Stadtgemeinde Loth und Vertreter des RSDAP, der Kriegervereine, des RVO und zum Schluß Fortmeister Gußmann für die Aktivistas und Alten Herren der Königsgesellschaft Tübingen, und der nunmehrige Alteste Offizier Württembergs, General der Infanterie von Gerol-Stuttgart, mit dem der Dahingegangene von Jugend auf befreundet war.

Stuttgart, 14. März. (Bauarbeiten in der Königstraße.) In der nächsten Zeit werden die Straßenbahngleise in der Königstraße erneuert. Der Beginn der Arbeiten in der unteren Königstraße zwischen Schloßstraße und Hindenburgplatz ist nunmehr auf Montag, 18. März ds. J., festgelegt worden. Ueber die Dauer der Arbeiten muß die Straße für den Fahrverkehr vollständig gesperrt werden. Der Straßenbahnverkehr wird während dieser Zeit über die Schloß- und Lautenschlagerstraße umgeleitet. Um die Sperrung nach Möglichkeit abzukürzen, wird ununterbrochen Tag und Nacht gearbeitet. Die Straße kann in ihrem neuen Gewand am 1. Mai des Jahres dem Verkehr wieder übergeben werden.

Verkehrsunfall. In der Cannstatter Straße bei der Einmündung der Villastraße kam es zu einem schweren Verkehrsunfall, bei dem ein Beteiligter den Tod fand. Dort verließ der Lenker eines Krafttrades plötzlich die rechte Fahrbahnseite. Im gleichen Augenblick wurde das Krafttrad von einem überholenden Personenkraftwagen angefahren und mit großer Wucht zur Seite geworfen. Der Motorradfahrer ist den erlittenen Verletzungen auf dem Weg ins Karl-Olga-Krankenhaus erlegen. Seine Mitsfahlerin, ein 30 Jahre altes Mädchen, zog sich nicht unerhebliche Verletzungen zu.

Herrenberg, 14. März. (Schultraumnot.) Im Gemeinderat kam die Schultraumnot zur Sprache. Die Erstellung eines Schulhausanbaues an der Realschule wird immer dringender. Ueber ist nur ein Staatsbeitrag von 12 000 RM. in Aussicht zu nehmen gegenüber den Baukosten von 67 000 RM. Unter diesen Umständen ist es der Stadt unmöglich, den Neubau zu erstellen. Es wird versucht werden, einen höheren Staatsbeitrag zu erwirken.

Tübingen, 14. März. (Ehrenvoller Ruf.) Pg Professor Dr. R. Matthaet hat einen Ruf an das Ordinariat



Für Physiologie an der Universität Erlangen auf 1. April erhalten.

**Gniebel, OÄ. Tübingen, 14. März.** (Die Hand in der Futtermaschine.) Der verheiratete Bauer Georg Köfler verunglückte beim Futterschneiden. Beim Futtermegwerfen wurde die mit einem Fausthandschuh bekleidete rechte Hand vom Antriebsriemen der Maschine erfasst und um die Transmissionsvorlegeleiste gerissen. In der Tübinger Klinik mußte dem Verunglückten die rechte Hand unterhalb des Ellenbogens abgenommen werden.

**Neutlingen, 14. März.** (Haushaltplan.) Der Entwurf des Haushaltsplans der Stadt Neutlingen für 1935 wurde dem Gemeinderat vorgelegt. Ehe er in einzelnen Punkten noch beraten wird, sprach Oberbürgermeister Dr. Dederer über die künftige Wirtschaftsführung, deren Grundsätze strenge Sparsamkeit, weitere Verringerung des Schuldenstandes und Beibehaltung des Umlagesatzes von 19 Prozent sein werden. Von den Bauaufgaben dieses Jahres wird als erste die völlige Erneuerung des Hauses der städt. Sammlungen, des „Spendhauses“, durchgeführt.

**Reichenbach a. d. F., 14. März.** (Bau einer Siedlung.) Die hiesige Staubauger-Fabrik Robert Schötle will eine Arbeiter- und Angestellten-Siedlung errichten und zwar ist beabsichtigt, zunächst 25 Siedlerstellen zu schaffen. Das Unternehmen ist deshalb an die Gemeinde um Ueberlassung eines geeigneten Baugeländes herangetreten. Der Gemeinderat beschloß, dem Unternehmen das verlangte Gelände in der oberen Althalde im Verhältnis der Ausdehnung der Siedlung zur Verfügung zu stellen. Für eine Siedlerstelle kommen 7 bis 8 Ar Platz in Frage, die mit 40 Pfg. pro Quadratmeter berechnet werden.

**Göppingen, 14. März.** (Preisgekrönte Entwürfe.) Unter dem Vorsitz von Landrat Dr. Berisch tagte das Preisgericht für die Entwürfe über den Bau eines neuen Sparkassengebäudes. Von den zahlreich eingegangenen Entwürfen wurden derjenige des Regierungsbaumeisters Architekt Alfred Daiber von Stuttgart mit dem 1. Preis und derjenige des Regierungsbaumeisters Architekt Alfred Richter, ebenfalls von Stuttgart, mit dem 2. Preis ausgezeichnet.

**Reichershausen, OÄ. Göppingen, 14. März.** (Bom Schlag getroffen.) Hier halten gegenwärtig einige Redemptoristenpatres Missionsstunden. Einer von ihnen, Superior Einsmaier, erlitt einen Schlaganfall, dem er nun erliegen ist.

**Biberach, 14. März.** (Bom Pferd geschlagen.) Der bei dem Bauern Göppel in Oberhettlen bedienstete Karl Haag von Ochsenhausen wollte die Pferde in eine Gaststube führen. Dabei schaute ein Pferd, ging mit den Vorderfüßen hoch und schlug hierbei Haag an den Kopf. Die Untersuchung ergab, daß Haag eine Gehirnerschütterung und eine schwere Kopfverletzung durch den Schlag erlitten hatte.

**Ingertingen, OÄ. Biberach, 14. März.** (Ueberfahren.) Das etwa sechs Jahre alte Söhnchen Franz des Gemeinderats und Bauern Martin Wöhlung tummelte sich bei der Dorfkirche. Plötzlich sprang es direkt in ein Lastauto hinein. Es wurde vom Auto erfasst, dessen linkes Vorderrad über seine Brust hinwegging. Sie wurde vollständig eingedrückt. An der schrecklichen Verletzung starb der Knabe wenige Minuten darauf.

### Das Wetter

für Samstag

Der skandinavische Hochdruck hat sich zwar abgeschwächt, bestimmt aber immer noch die Wetterlage. Für Samstag ist deshalb vielfach heiteres, trockenes und tagsüber mildes Wetter zu erwarten.

### Totenliste aus dem Lande

Am Ketten-Ort OÄ. Geislingen: Küfer und Bauer Stephan Schneider sen., 82; Balingen: Ranzleitar i. R. Wilhelm Jetter, 90; Bradenheim: Gerbermeister Gottlob Engel, 66; Böhlingen OÄ. Kottwil: Zimmermeister und Gemeinderat Sebastian Hirtz, 43; Crailsheim: Oberkassierer a. D. Karl Hessebauer, 70; Degeting OÄ. Tübingen: Friedrich Had, 71; Dieckelsberg OÄ. Göppingen: Gemeindepfleger i. R. Georg Koger; Eichen OÄ. Saulgau: Viehhändler und Gemeinderat Josef Kimpel, 60; Ellingen OÄ. Leonberg: Georg Amroth, 78; Eutendorf OÄ. Gaildorf: Wilhelm Hef, 70; Flacht OÄ. Leonberg: Schmiedmeister Daniel Effig; Gmünd: Obersteuerrant a. D. August Kuber, 61; Christine Boreis; Göppingen: Färbereibesitzer Johannes Clement; Otto Hassa, 41; Heidenheim: Bäckermeister Johannes Ebner, 57; Heilbronn: Weingärtner Wilhelm Albrecht, 70; Illingen OÄ. Maulbronn: Schreinermeister Karl Scheuling, 73; Kornwestheim: Wertmeister i. R. Albert Eberpacher, 69; Kuchen OÄ. Geislingen: Babette Schay geb. Hofmann, 69; Leonberg: Strafenwart a. D. Gottlob Kienzle, 74; Michelbach OÄ. Degeringen: Küfermeister Georg Müller, 82; Mundersbach OÄ. Ragold: Katharina Ruz geb. Kern, 88; Nürtingen: Jakob Schierer; Hermann Kurz, 33; Obernheim OÄ. Spaltingen: Adlerwirt Josef Reher, 57; Degeringen: Fabrikant Karl Kellner, Inhaber der Firma Karl Huber, Blechemballagenfabrik; Pfällingen: Schuhmacher Friedrich Gadenheimer, 85; Rottweil: Musiklehrer Paul Lehmann, 72; Saulgau: Rentner Josef Baldauf, 76; Sulzbach a. d. M.: Heinrich Wenger, 66; Wehringhausen OÄ. Hall: Karl Seeger, 70; Zumweiler OÄ. Ragold: Strafenwart a. D. Gottlieb Deurer, 70 Jahre alt.

Stielgheim: Wagnermeister Karl Weinmann, 61; Bötlingen OÄ. Münsingen: Schäfer Hermann Kirchbaum, 35; Buchau a. F.: Georg Bantrecht, 54; Calw: Schuldeners-Witwe Christiane Kant, 91; Dornhan OÄ. Sulz: Imker Andreas Lehmann; Ellingen: Weingärtner Friedrich Hägele, 37; Luise Geißel geb. Hägele, 63; Geislingen a. St.: Karl Klumpp, 66; Gmünd: Ernst Henning, Direktor in Gotteszell, 62; Heidenheim: Adolf Weegmann, 40; Heilbronn: Wilhelmine Weingand geb. Kießling, 63; Kirchentellingensfurt OÄ. Tübingen: Strafenwart i. R. Wilhelm Fromm, 65; Laupheim: Albert Höchstätter, 79; Leutkirch: Ottilie Schud Bew. geb. Bischoffberger, 75; Michelbach OÄ. Degeringen: Karl Sanzenbacher, 73; Münsingen: Josef Dangel, 74; Neckarjalm: Maurer und Wirt Konrad Glag; Sassenweiler OÄ. Tettnang: Theresia Wehler geb. Sauter, 76; Schönmünz OÄ. Freudenstadt: Metzger und Hofhauer Friedrich Volk, 63; Schweningen: Uhrmacher Christian Boffeler, 84; Stetten OÄ. Laupheim: Krezentia Guter geb. Reiser, 62; Tumlingen OÄ. Freudenstadt: Maurermeister Jakob Fischer, 68; Tuttlingen: Schuhfabrikant Gustav Reich, 58; Ulm: Oberpostschaffner Wilhelm Ganser, 55; Amalie Reich geb. Meeroth, Josefina Kref, Garnisonsbadmeisters-Witwe, 81; Unterschwarzach OÄ. Waldsee: Hebamme a. D. Genoveva Abrell geb. Bang, 83; Waihingen a. F.: Eugen Scharr, 50; Weilheim u. L.: Metzgermeister i. R. Karl Pfessing, 89 J. a.

### Aus dem Gerichtssaal

Kautionswindel im Großen

Stuttgart, 13. März. Der 44 Jahre alte verheiratete Wilhelm Jouncaiz von Birmans, wohnhaft in Stuttgart, wurde

von der Großen Strafkammer des Landgerichts wegen sieben Vergehen des Betrugs zu drei Jahren Gefängnis und fünfjährigem Ehrverlust verurteilt. Der bereits einschlägig vorbestrafte Angeklagte hatte nach dem Zusammenbruch einer von ihm betriebenen Futtermittelhandlung im Februar 1930 unter dem Namen seiner Frau eine neue Firma in Stuttgart gegründet, der er den Namen „Gemische Fabrik“ verlieh und die sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von Futter- und Waidmitteln und eines Hestpflasters befaßte. Mit geborgtem Geld ausgezogen, arbeitete das Geschäft von Anfang an mit Unterbilanz. Daß es auch von Anfang an auf Schwindel abgesehen war, bewies der Angeklagte durch zahlreiche Zeitungsinserate, in denen er soliden und zuverlässigen Leuten gegen Interesseneinlage oder Kaution in Höhe von 2000 bis 3000 RM. eine gutbezahlte Stellung in seinem „glänzend gehenden“ Geschäft anbot, um hernach die Einlagen für sich zu verbrauchen und den Einlegern obendrein noch den größeren Teil ihres Lohnes schuldig zu bleiben. Auf diese Weise gelang es ihm, sieben Bewerber, durchweg einfache Leute, die ihre letzten Spargroschen opferten, um wieder zu einer ständigen Beschäftigung zu gelangen, binnen anderthalb Jahren um ihre Einlagen im Gesamtbetrag von über 16 000 RM. zu betrügen und auf ihre Kosten ein angenehmes und keineswegs sparsames Leben zu führen. In Untersuchungshaft genommen, simulierte der Angeklagte eine Hestpflaster, womit der angeblich „Gemischte Fabrik“ aber nur ganz vorübergehenden Erfolg hatte. Der Staatsanwalt betonte, daß man den realen Kaufmannsstand vor solchen gerissenen Gaunern schützen müsse, und das Gericht erklärte bei der Urteilsbegründung, daß für solche Elemente in der heutigen Volksgemeinschaft kein Raum mehr sei.

### Ungetreuer Kirchenpfleger

N Ravensburg, 13. März. Wegen Amtsunterschlagung verurteilte die Strafkammer den 60 Jahre alten früheren Kirchenpfleger Karl Friedrich Hagenmaier aus Aulendorf zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten auf die Untersuchungshaft. Hagenmaier war durch einen Hausbau in Schulden geraten, die schließlich auf 28 000 RM. gestiegen waren. In seiner Notlage vergriff sich Hagenmaier an den Geldern der katholischen Kirchenpflege, die er seit dem Jahre 1923 zu verwalten hatte. Der Abmangel betrug 5000 bis 6000 RM.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Todesurteil gegen ein verbrecherisches Ehepaar.** In dem Mordprozess gegen den 25jährigen Bruno Laude und seine gleichaltrige Ehefrau Ena geborene Brestemann, in Berlin, die am 3. Januar dieses Jahres den 86jährigen Hausverwalter und früheren Dentisten Hermann Schmidt in dessen Wohnung ermordet und beraubt hatten, verurteilte der Vorsitzende des Berliner Schwurgerichts das Todesurteil gegen beide Angeklagte. Bei der Verkündung des Urteils brach die Angeklagte Laude in lautes Weinen aus, während der Angeklagte Bruno Laude schluchzend zusammenbrach.

**Mutttat in Schlesien.** In Groß-Wartenberg (Schlesien) erhielt bei dem Versuch, einem übel beleumundeten Buschen, dem 23 Jahre alten Kozichol, eine Schußwaffe abzunehmen, der Gendarmeriehauptwachmeister Melzig einen Schuß in den Kopf. Der Beamte erlag nach einer Stunde den schweren Verletzungen. Polizei- und Zollbeamte haben die Verfolgung des Mörders aufgenommen.

**Großfeuer in Berlin.** In einem Hochhaus in Schöneberg brach nach Mitternacht Feuer aus. Als die Feuerwehr an der Brandstelle eintraf, stand das Hochhaus schon in solcher Ausdehnung in Flammen, daß die Alarmbereitschaft 12 an alle Feuerwehren gegeben werden mußte. In kurzer Zeit waren etwa 50 Wehren an der Brandstelle versammelt. Erst gegen 3 Uhr morgens war die Brandstelle vollständig eingekreist. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

**Drei Kinder auf dem Eis eingebrochen.** Auf der schwachen Eisdede der Ober in Prignow brachen drei Kinder ein. Sie gerieten sofort unter das Eis. Ein junger Mann und ein zwölfjähriger Schüler, die auf die Hilferufe der anderen Kinder herbeigeeilt waren, versuchten, die Eingebrochenen zu retten. Die beiden Retter kamen aber selbst in die Gefahr des Ertrinkens. Nach einiger Zeit wurden auch die drei Kinder geborgen. Die aufgenommenen Wiederbelebungsversuche waren vergeblich.

**14 Züge im Schnee stecken geblieben.** Nach einer Meldung aus Omsk haben in den letzten zwei Tagen starke Schneestürme den gesamten Eisenbahnverkehr auf den sibirischen Strecken lahmgelegt. Nicht weniger als 14 Züge blieben im Schnee stecken. Elftausend Mann und zweitausend Fuhrwerke wurden zur Hilfeleistung abkommandiert.

**Explosion eines Petroleumtanks bei Southampton.** In

den Agwi-Petroleumwerken bei Southampton, der größten Delraffinerie Großbritanniens, brach am Dienstag abend ein riesiges Feuer aus. In einem mit Petroleum gefüllten Tank erfolgte eine Explosion. Die entstandenen Flammen griffen auf einen Nachbarant mit Del über. Flammen von mehr als 100 Meter Höhe loderten empor und waren in einer Entfernung von 25 Kilometer noch deutlich sichtbar.

**Amerikanischer Neger gelincht.** In Slayden (Mississippi) wurde ein Neger, der einen Landstrafenarbeiter erschossen hatte, von einer erregten Menschenmenge gelincht.

**Furchtbares Unglück in China.** Nach einer Meldung aus der Stadt Lungtschu in der Provinz Tschekiang fuhr dort auf einer Brücke ein Kraftomnibus in einen Demonstrationszug. Der Wagen durchbrach das Geländer und stürzte in den Fluß. Ueber 200 Personen fielen ins Wasser. Bis her sind 24 Tote geborgen worden.

### Ueberraschende Millionen-Erbchaft

Ein aufsehenerregender Prozess fand vor dem Oberlandesgerichte in Hamm (Westfalen) seinen Abschluß. Die Borgeschichte des Prozesses ist ungewöhnlich. In Kirchhellen bei Dortmund strengte vor einiger Zeit die Frau eines Bergmannes einen Ehecheidungsprozess an, den sie auch gewann. Der schuldig geschiedene Ehemann mußte der Frau monatlich 60 RM zum Unterhalt sicherstellen. Eines Tages machte der betreffende Bergmann völlig unverhofft eine amerikanische Erbschaft in Höhe von nicht weniger als 14 Millionen RM., worauf sich die Ehefrau wieder meldete und eine Heraussetzung ihrer monatlichen Bezüge auf 3000 RM. verlangte. Da eine Einigung nicht zustande kam, hatte die Zivilkammer des Landgerichts in Essen sich mit der Sache zu befassen. Der Beklagte erklärte sich bereit, eine einmalige Abfindung von 30 000 RM. zu zahlen. Die Klägerin lehnte das Angebot ab und bestand auf Gerichtsentcheidung. Das Gericht wies jedoch die Klage ab. In der Berufungsinstantz beim Oberlandesgerichte in Hamm erklärte sich jedoch die Klägerin kurz vor dem Beginn der Urteilsfällung bereit, den Vergleichsvorschlag anzunehmen. Der Ehemann entnahm daraufhin seiner Brieftasche ohne weitere Formlichkeiten den Betrag von 30 000 RM. und händigte sie der Klägerin aus. Außerdem erklärte er sich bereit, auch die Kosten des Prozesses zu tragen.

### Wärkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 14. März

Auftrieb: 6 Ochsen, 30 Bullen, 31 Röhre, 49 Färren, 263 Kälber, 583 Schweine, 1 Schaf, 1 Ziege. Unverkauft: 1 Bull, 1 Färre.

Bullen: ausgem. 32-35, vollst. 30-32.

Färren: ausgem. 38-41, vollst. 34-37.

Kälber: feinste Mast- und beste Saugt. 57-59, mittl. 52 bis 55, ger. 40-49.

Schweine: über 300 Pfd. 48-50, von 240-300 Pfd. 48 bis 50, von 200-240 Pfd. 47-50, von 160-200 Pfd. 47-49, Sauen 40-44 RM. Martvroelau: Großvieh mäßig belegt, Kälber be- lebt, Schweine ruhig.

Stuttgarter Fleischgroßmarkt vom 14. März. Bullenfleisch 52 bis 59, Rühlfleisch 35-44, Färrenfleisch 48-59, Kalbfleisch 73 bis 90, Hammelfleisch 72-77, Schweinefleisch 72-76, Speck 75 bis 78 RM.

Schweinepreise. Böhlertrann: Milchschweine 18-25 RM. — Dillingen: Milchschweine 25, Läufer 45 RM. — Lorch: Milchschweine 22-32 RM. — Spaichingen: Milchschweine 21-24 RM.

Viehpreise. Calw: Röhre 200-415, Kalbinnen 210-460, Jungvinder 90-210, Stiere 240, Ochsen 480 RM. — Bellberg: Kuh 370, Rinder 190-300, Jungvieh 114-181 RM. — Wangen i. A.: Röhre 260-320, Rinder 260-430, leichte und mittlere Pferde 700-1000 RM.

Schweinepreise. Böhlertrann: Milchschweine 18-25 RM. — Calw: Läufer 30-52, Milchschweine 12-14 RM. — Gaildorf: Milchschweine 18-24 RM. — Wangen i. A.: Ferkel 18-30 RM.

Viehpreise. Dillingen: Kalbinnen 450, Röhre 400-420 RM. — Lorch: Röhre 215-480, Jungvieh 270-526 RM. — Balingen a. E.: 1 Paar Ochsen 982, 1 Paar Schafftiere 710, 1 Kälberfuh 485, 1 Rind 212, 1 Einkeilrind 200 RM. — Biberach: Röhre 129-370, Kalb 290-450, Jungvieh 100 bis 180, Pferde 480-1100 RM.

Schweinepreise. Biberach: Mutterschweine 110-160, Milchschweine 15-30, Läufer 40-50 RM. — Ereglingen: Milchschweine 19-29 RM. — Murrhardt: Milchschweine 22-25, Läufer 35-36 RM.

Vergnügungsanzeiger der Lichtspielhäuser in Pforzheim. Programme für die Zeit vom 15. bis 21. März 1935:

Lili-Lichtspiele: „Der alte und der junge König“ mit Emil Jannings.

Kammer-Lichtspiele: „Schloß Hubertus“.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Setzungsverlag „Wildbader Tagblatt“ Wildbader Tagblatt, Wildbader Tagblatt (Jah. 10. 10d.) Nr. 2. 35 708

 **KAUFHAUS SCHOCKEN**  
PFORZHEIM

**FRÜHJAHR-NEUHEITEN**

**UNSERE SCHAUFENSTER ZEIGEN NEU-EINGÄNGE MANTEL-, KOMPLET- UND KLEIDERSTOFFE**

**Wildbad.**

**HOCHZEITS-EINLADUNG**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, Schulkameradinnen und Schulkameraden, zu unserer am Samstag, 16. März 1935, im „Schwarzwaldhof“ stattfindenden

**HOCHZEITS-FEIER**

freundlichst einzuladen und bitten dieses als persönliche Einladung betrachten zu wollen.

**Fritz Volz**      **Friedel Heindl**  
Sohn des Amtsdieners Volz,      Niederstetten.

Kirchgang um 12<sup>1/2</sup> Uhr vom „Hotel Post“ aus.

**Ein aussichtsreiches Angebot**

bedarf der vorhergehenden Ankündigung durch ein Inserat

im „Wildbader Tagblatt“